

Presseinformation

Umfrage bei ca. 2.000 deutschen Abgeordneten: Was will die Politik wirklich ändern?

**Parlamentarier sehen Bürger in der Pflicht -
halten aber ihren eigenen Einfluss für gering**

Meerbusch, 9. Februar 2011. Die gewählten Volksvertreter in Deutschland wollen viel ändern, schätzen ihren eigenen Einfluss auf gesellschaftlichen Wandel aber sehr gering ein. Mehrheitsmeinung in den Parlamenten ist statt dessen: Der einzelne Bürger muss selbst für Veränderung sorgen.

Das ist eines der zentralen Ergebnisse der aktuell größten Deutschen Parlamentarierstudie, die jetzt von der Change Centre Foundation in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf veröffentlicht wurde.

Im Durchschnitt plädieren 46 Prozent der befragten Abgeordneten dafür, dass die Bürger Veränderungen selbst in die Hand nehmen sollen. Allerdings unterscheiden sich die Parteien deutlich in ihrem Meinungsbild. Abgeordnete von CDU/CSU, FDP und auch der Grünen sehen die Bürger sehr viel stärker in der Pflicht als die Parlamentarier von SPD und der Linken. Diese präferieren ganz deutlich ein Change-Konzept, nach dem für Veränderungen und Innovationen vor allem der Staat zuständig ist.

Mehr als jeder dritte Abgeordnete hat mitgemacht

An der Studie hat mehr als jeder dritte Abgeordnete aus dem Bundestag und den Länderparlamenten teilgenommen – bei Parlamentsdebatten ist oft ein geringerer Anteil im Sitzungssaal. Zunächst wurden bereits im Sommer 2010 die Abgeordneten aller Landtage und des Deutschen Bundestags befragt - zum Teil per Post sowie über einen Online-Fragebogen. Die Parteizu-

gehörigkeit der knapp 900 Teilnehmer (über 35 Prozent Teilnahmequote) entspricht fast exakt der realen Verteilung in den deutschen Parlamenten, so dass die Befragung politisch repräsentativ ist. Seit Januar stehen ebenfalls die Antworten von über tausend Abgeordneten der größten deutschen Städte zur Verfügung - damit liegt mit etwa 2.000 Befragten mit Abstand der größte Datenpool zur Veränderungsbereitschaft der politischen Elite Deutschlands vor.

Linke Abgeordnete mit stärkstem Veränderungsbedarf

Die Abgeordneten wurden nach der Wichtigkeit von Veränderungen in zehn Politikfeldern befragt - von Bildung über Arbeitsmarkt bis zur Gesundheitspolitik. Insgesamt zeigen SPD und Linke dabei den größten Gestaltungswillen, während die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP einen viel geringeren gesellschaftlichen Veränderungsbedarf verspüren. „Die Grünen gruppieren sich genau in der Mitte zwischen diesen beiden Blöcken“, sagt Prof. Dr. Joachim Klewes von der gemeinnützigen Change Centre Foundation, der die Studie konzipiert hat.

Und wo genau sehen die Parlamentarier den größten Veränderungsbedarf? Die Studie zeigt: Das Schlagwort der Bildungsrepublik hat seine Berechtigung, aus Sicht der Volksvertreter ist es bis dahin jedoch noch ein langer Weg. So fordern jeweils mehr als acht von zehn Abgeordneten Fortschritte in Erziehung, Bildung und Ausbildung sowie in Wissenschaft und Technik. Auch Veränderungen in Umwelt- und Klimaschutz (81%) sowie bei Infrastruktur und Energieversorgung (79%) stehen ganz oben auf der Liste der Parlamentarier.

In ihrem Gestaltungswillen fühlen sich die Parlamentarier allerdings in der Realität der politischen Arbeit offenbar ausgebremst – denn ihren eigenen Einfluss auf Veränderungen halten sie für gering. Je nach Politikfeld bezweifeln zwischen 65 und 88 Prozent der Volksvertreter, selbst einen großen Einfluss zu haben. „Dies mag an den vielfältigen Zwängen von Fraktionen und Parteiapparaten liegen oder auch an der Arbeitsteilung im Parlament. Dennoch bleibt die gefühlte Machtlosigkeit aus demokratietheoretischer Perspektive bedenklich“, sagt der bekannte Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich von Alemann zu den Ergebnissen.

Einerseits meint eine klare Mehrheit aller Abgeordneten, die Bürger seien selbst dafür verantwortlich, gewünschte Veränderungen herbei zu führen.

Dazu passt, dass sie eine bessere Information der Bürger fordern - vor allem bei Informationsprogrammen über Einwanderung und demografische Entwicklung sowie Bildung und Ausbildung sehen die Abgeordneten Nachholbedarf. Insgesamt meint nur jeder Fünfte, in Sachen Bürgerinformation werde genug getan! „Die Forderung nach besseren Informationskampagnen ist nur konsequent“, bewertet Joachim Klewes von der Change Centre Stiftung dieses Ergebnis. „Allerdings sollten sich die Parlamentarier dann auch aktiv dafür einsetzen und die Verantwortung hierfür nicht nachgelagerten Behörden oder Ministerien überlassen“, formuliert Prof. Klewes seine Forderung an die Politik.

Ein exklusiver **Namensbeitrag** von Ulrich von Alemann und Joachim Klewes zu Kernbefunden der Umfrage findet sich in der neuen Ausgabe von "Politik und Kommunikation", <http://www.politik-kommunikation.de> . Ein **ausführlicher Bericht** zur Studie, in dem auch auf Ergebnisse der Kommunalbefragung eingegangen wird, steht unter www.change-centre.org zum Download bereit.

Fragen der Redaktion an:

Prof. Dr. Joachim Klewes, Telefon +49 151 22387460

Mail: joachim.klewes@change-centre.org

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Telefon +49 211 81 12399

Mail: alemann@uni-duesseldorf.de

Christina A. Rauh, B.A., Telefon +49 163 6798654

Mail: christinaangela.rauh@change-centre.org

Die als gemeinnützig anerkannte Change Centre Foundation ist politisch und weltanschaulich unabhängig. Ziel der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich gesellschaftlichen Wandels sowie der Innovation und Transformation von Organisationen und Institutionen. Initiator der Stiftung ist Prof. Dr. Joachim Klewes, Vorsitzender des Kuratoriums Prof. Dr. Ulrich von Alemann.

change centre; Ossum 14 / Schloß Pesch, D-40668 Meerbusch
info@change-centre.org